

„DAS SIND DIE WICHTIGSTEN EUROPÄISCHEN WAHLEN, DIE WIR JE HATTEN“

WELTENBÜRGER sprach mit Dr. Heinrich Kreft, deutscher Botschafter in Luxemburg, der am 10. Dezember 2018 in Bonn die 1. Stresemann-Lecture, „Von Locarno zum Brexit“, gehalten hat.

Frage: *Sehr geehrter Herr Botschafter, ist die Verständigungsleistung, die Gustav Stresemann und Aristide Briand in Locarno erreicht haben, heute noch beispielgebend?*

Kreft: Anders als viele andere waren Gustav Stresemann und Aristide Briand weitsichtig genug, nicht ausschließlich die nationalen Interessen vor Augen zu haben, sondern gleichzeitig die Perspektive des Anderen. Dafür erhielten sie gemeinsam 1926 den Friedensnobelpreis, ein Jahr nachdem ihn der britische Außenminister Austen Chamberlain für den Abschluss des Vertrags von Locarno erhalten hatte.

Nach dem Ersten Weltkrieg herrschte Misstrauen zwischen den Ländern in Europa, so wie heute zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Oder zwischen Russland und der Ukraine. In dieser Situation über die Grenzen hinweg Verständigung zu suchen, ist eine erhebliche Herausforderung. Insofern ist die Leistung von Stresemann und Briand beispielhaft, auch im heutigen Kontext.

Frage: *Die Interessen der Anderen im Blick zu haben – diese Haltung ist für Diplomatie unverzichtbar?*

Kreft: Es ist die Kernaufgabe der Diplomatie, und auch jeder Botschaft, die Perspektive des Partners in die eigene Außenpolitik einzubringen. Das ist aber manchmal schwieriger als gemeinhin angenommen. Wir sehen das jetzt in der EU. Die Polarisierung zwischen Ost-Europa und West-Europa hat sehr viel mit Missverständnissen zu tun, mit unterschiedlichen Perspektiven auf die EU, auf die europäischen Institutionen.

Das Hineinversetzen in die Perspektive und die Interessen des Anderen ist die Leistung, die der Diplomat erbringen muss. Die zweite Aufgabe ist dann die Überzeugungs-



Foto: Eduard F. Fiegel

arbeit gegenüber der Zentrale, dem eigenen Ministerium. Denn in der Zentrale kommen ja die Perspektiven aus den verschiedenen Ländern zusammen, dort muss bewertet und die Politik formuliert werden.

Frage: *Das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland ist aber immer noch prägend?*

Kreft: Es gibt kaum eine Entwicklung in der EU, ohne dass Paris und Berlin nicht nur an Bord, sondern auch Taktgeber sind. Das hat sich nicht verändert. Das wird sich auch nicht verändern aufgrund der geografischen Lage, aber auch wegen der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der beiden Staaten.

Frage: *Haben Sie persönlich in Ihrer diplomatischen Karriere Vorbilder erlebt, die Sie besonders beeindruckt haben?*

Kreft: Ich bin ins Auswärtige Amt eingetreten als Hans-Dietrich Genscher Außenminister war. Diese Zeit hat mich geprägt. Jemand, den ich als Außenpolitiker wie auch als au-

ßenpolitischen Intellektuellen schätze, ist Henry Kissinger. Alle drei waren Realisten: Stresemann, Genscher und Kissinger. Wichtig ist auch, dass man sich nicht von den tagespolitischen Emotionen anstecken lässt. Wir erleben heute, wie der Ton in Europa schärfer wird. Durch den Nationalismus, durch den Rechtsradikalismus. Wir sind aber glücklicherweise noch weit von dem entfernt, was in der Weimarer Zeit leider gang und gäbe war.

Frage: *Laut einer Studie sehen 62 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger die Mitgliedschaft ihres Landes in der Union positiv – der höchste Wert seit einem Vierteljahrhundert. Woran, glauben Sie, liegt diese Wahrnehmung?*

Kreft: Laut Eurobarometer ist die Stimmung in der Tat wieder besser geworden. Aber wir haben noch nicht den Level an Zustimmung wie vor einigen Jahren. Das ist von Land zu Land allerdings unterschiedlich. Einen deutlichen Abfall hat es in Italien gegeben. In Luxemburg weiß jeder, was er Europa zu verdanken hat. Das ist täglich sichtbar. Aber in anderen Regionen spürt man die Vorteile nicht so deutlich wie in den kleineren Ländern oder in den grenznahen Gebieten.

Frage: *Wird sich bei den EP-Wahlen eine positive Grundhaltung widerspiegeln?*

Kreft: Das wird von Land zu Land unterschiedlich sein. Ich fürchte, dass auch die-

... weiter von Seite 1

ses Mal wieder viele, wie in der Vergangenheit, die Europawahl als Protestwahl ansehen. Sie erkennen nicht an, dass das EP sich deutlich mehr Rechte erkämpft hat. Wir haben in Deutschland mit zwei designierten bekannten Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien, Manfred Weber und Katarina Barley, hoffentlich die Möglichkeit, die Wahlbeteiligung zu steigern. Es wäre fatal, wenn etwas Ähnliches passieren würde wie im Vereinigten Königreich vor zwei Jahren beim Referendum über den Brexit: dass die Pro-Europäer nicht an der Abstimmung teilnehmen und die Europagegner massiv an die Urnen gehen. Ich fürchte aber, dass die Europagegner im EP deutlich gestärkt werden. Allerdings wird diese Front der Europakritiker nicht einheitlich sein. Die Interessenlage der europakritischen Parteien aus Osteuropa ist kaum deckungsgleich mit den Vorstellungen des Rassemblement National oder der Lega Nord.

Frage: *Wie es mit dem Brexit weitergeht, ist zurzeit völlig offen. Was bedeutet das für die Europäische Union?*

Kreft: Der Brexit ist eine klassische lose-lose-Situation! Mit dem verhandelten Austrittsabkommen liegt der bestmögliche Deal – d. h. die größtmögliche Schadensbegrenzung – auf dem Tisch. Das sehen alle 27 Länder so. Es ist nun an der britischen Seite, dafür eine Mehrheit im Parlament zu finden, um das Chaos eines no-deal-Szenarios zu verhindern. Es ist natürlich sehr bedauerlich, dass die Briten hinausgehen. Aber wenn der Brexit vollzogen ist, muss man langfristig zu vernünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich kommen. Nicht nur in den wirtschaftlichen Fragen, sondern auch zum Beispiel in der Sicherheitspolitik.

Frage: *Kann die Einigkeit, die die EU27 bei den Brexit-Verhandlungen gezeigt haben, sich auch auf andere Politikfelder auswirken?*

Kreft: Der Brexit hat die EU, insbesondere Deutschland und Frankreich, in einigen Bereichen wieder enger zusammengebracht. In den letzten anderthalb Jahren konnten im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sogar einige Fortschritte erzielt werden, da diese zuvor von den Briten blockiert worden waren.

Es gibt aber davon losgelöste Bereiche, wie die Diskussion über die Werte Europas, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit. Das Verfahren, das die EU-Kommission mit Artikel 7 gegen Polen eröffnet hat, weil sie die Rechtsstaatlichkeit bedroht sieht, hat vor allem den Sinn, einen Dialog zu eröffnen. So mühsam dieser Dialog ist: Wir können keine Abstriche an den grundlegenden Werten der EU machen.



Foto: Eduard F. Fiegel

Frage: *Zwischen Trump und China, Russland und der Ukraine – wie sollte Europa sich heute positionieren?*

Kreft: Wir brauchen heute mehr denn je ein starkes, ein einiges und souveränes Europa, um auf Augenhöhe mit Donald Trump, Wladimir Putin und Xi Jinping agieren und unsere Interessen wahren zu können.

Wir müssen davon ausgehen, dass wir durch den Teilrückzug der USA aus einigen Weltgegenden als EU international mehr Verantwortung übernehmen müssen – vor allem in unserer Nachbarschaft im Osten und im Süden – wo wir statt eines „ring of friends“ zunehmend von einem „ring of fire“ umgeben sind.

Wir müssen mehr Verantwortung übernehmen, um die regelgebundene, multilaterale internationale Ordnung, der wir einen Großteil unseres Wohlstands zu verdanken haben, zu erhalten.

Europa braucht zudem eine starke Wirtschaft, um in der Weltpolitik seine Interessen wahren zu können – angesichts einer stetigen geopolitischen und geökonomischen Gewichtsverlagerung weg vom transatlantischen Norden und Westen hin zum asiatischen Osten und Süden. Die wirtschaftliche Stärke ist die wichtigste Basis für das

politische Agieren, das sehen wir auch am Aufstieg Chinas.

Frage: *Wie kann man insbesondere junge Menschen für Europa begeistern und zur Wahlbeteiligung bewegen?*

Kreft: Viele wissen, was Europa für sie konkret bedeutet. Die Reisefreiheit kennt jeder. Die Abschaffung der Roaming-Gebühren ist für Jugendliche mindestens ebenso wichtig. Für junge Menschen ist ebenso die möglichst einfache Anerkennung der Universitäts- und Berufsabschlüsse wichtig. Alle, die am Erasmus-Programm teilgenommen haben, werden hoffentlich zur Wahl gehen und sie werden sicherlich auch keine europakritische Partei wählen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Austauschprogramme ausweiten auf Auszubildende, auf die Berufsgruppen, die bisher nicht einbezogen waren. Aber wir brauchen auch Bewegungen wie Pulse of Europe. Wenn dann wieder breit über europäische Zukunftsprojekte diskutiert wird, über

eine positive Agenda, dürften auch die Zustimmungsraten für Europa wieder steigen. Aber wir sehen momentan auf den französischen Straßen: Das ist kein Selbstläufer. Neben den neuen Bewegungen sind auch die klassischen Institutionen wie die Europa-Union und die Union der Europäischen Föderalisten wichtig. Alles, wo sich Menschen für den europäischen Gedanken engagieren, sollte unterstützt werden. Ich hoffe, dass wir in Deutschland am 26. Mai eine höhere Wahlbeteiligung erreichen.

Frage: *Der erste Schritt zum Engagement, die erste Bürgerpflicht wäre: Wählen gehen!*

Kreft: Absolut! Das werden die wichtigsten europäischen Wahlen, die wir je hatten.

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Gustav-Stresemann-Institut e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Burghof
Tel: +49 (0) 228 / 8107- 0
E-Mail: weltenbuerger@gsi-bonn.de
www.gsi-bonn.de
Langer Grabenweg 68,
53175 Bonn - Bad Godesberg,
Germany

STEINMEIER: DEMOKRATISCHER PATRIOTISMUS STATT AGGRESSIVEM NATIONALISMUS

Nach der Rede herrschte bei den meisten Zuhörern Konsens: Sie waren nicht Zeuge einer jener üblichen Gedenkreden geworden, die – mitunter nahezu austauschbar – bei wichtigen Anlässen „unters Volk gebracht“ werden. Vielmehr hatte der Redner ganz deutlich etwas anstoßen wollen, hatte klar Position bezogen für einen „aufgeklärten Patriotismus“ und gegen den „neuen, aggressiven Nationalismus“, der in jüngerer Zeit wieder aufgekommen sei. Er hatte konstatiert, dass die liberale Demokratie dadurch zurzeit wieder unter Druck stehe, Warnungen vor „Weimarer Verhältnissen“ aber entschieden zurückgewiesen: „So machen wir unsere Demokratie kleiner und ihre Gegner größer, als sie sind! Und für beides besteht kein Grund“, stellte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Ansprache im Bundestag anlässlich der Feierstunde zum 100. Jahrestag der Ausrufung der späteren Weimarer Republik am 9. November 1918 klar.

Dieses Datum sei „ein Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte“, erklärte der Bundespräsident. Denn es stehe für die Geburt der Republik in Deutschland und den Durchbruch der parlamentarischen Demokratie. Und deshalb verdiene der 9. November einen herausragenden Platz in der Erinnerungskultur unseres Landes, sagte Steinmeier. Wer heute glaube, Demokratie sei hierzulande mittlerweile eine Selbstverständlichkeit und der Bundestag ein Alltagsgegenstand, ganz wie ein altes Möbelstück, der schaue auf jene Tage, mahnte der Bundespräsident. „Nein, dieses Parlament ist keine Selbstverständlichkeit und erst recht keine Nebensache. Es ist eine historische Errungenschaft, und für diese Errungenschaft, für dieses Erbe müssen wir streiten – überall, aber zuallererst in diesem Haus“, forderte er.

Steinmeier sieht somit die eigentliche Bedeutung des 9. November 1918 nicht unbedingt in dem damals von Philipp Scheidemann verkündeten gewaltigen Umbruch in Form des zusammenbrechenden Kaiserreichs, der zugleich das Ende einer jahrhundertealten monarchischen Ordnung bedeutete. Es sei vielmehr der Beginn einer demokratischen Zukunft für Deutschland gewesen, betonte der Bundespräsident. Diese Revolution hätte allen deutschen Parlamenten das allgemeine und gleiche Wahlrecht gebracht, erstmals auch für Frauen, und gleichzeitig den Weg zur Weimarer Nationalversammlung, zu einer republikanischen Verfassung, zur ersten parlamentarischen



Foto: dpa

Demokratie in der Geschichte Deutschlands gebahnt, zählte Steinmeier die Errungenschaften dieses 9. November auf. Damals seien zugleich Grundsteine des modernen Sozialstaats gelegt worden, erinnerte der Bundespräsident, wie der Achtstundentag, die Tarifpartnerschaft sowie die Mitbestimmung durch Betriebsräte.

Und Scheidemann habe die Deutsche Republik ausgerufen, hob Steinmeier hervor, der diese Proklamation als „Aufbruch in die Moderne“ würdigte. Dennoch habe diese Revolution bis heute kaum Spuren im Gedächtnis unserer Nation hinterlassen, bedauerte der Bundespräsident in seiner Rede. Der 9. November 1918 sei „auf der Landkarte der deutschen Erinnerungsorte zwar verzeichnet“, aber er habe nie den Platz gefunden, der ihm eigentlich zustehe. Dass der 9. November „ein Stiefkind unserer Demokratiegeschichte“ ist, wie es Steinmeier formulierte, sieht er ebenfalls darin begründet, dass dieses Datum eben auch den Jahrestag der Reichspogromnacht markiert – als

die antisemitische Gewalt des NS-Regimes offen jüdische Einrichtungen heimsuchte. Daher sei der 9. November tatsächlich ein ambivalenter Tag, weil er für Licht und für Schatten stehe, räumte Steinmeier ein.

Das „furchtbarste Kapitel der deutschen Geschichte“, das später auf die Weimarer Demokratie folgte, dürfe nicht in Vergessenheit geraten, erklärte der Bundespräsident. Er betonte aber auch, dass man als Deutscher das Datum 9. November auch feiern dürfe, denn die Republik habe sich historisch behauptet. Insofern müsse man den Beginn der Demokratie in Deutschland auch von ihrem Anfang her denken, und nicht wie meist von ihrem Ende her, postulierte Steinmeier.

Dazu gehört aus seiner Sicht gleichfalls, sich – heute wieder – gegen die Gegner der demokratischen Errungenschaften und für die gewonnene Freiheit hierzulande einzusetzen. „Mit unserem Handeln müssen wir beweisen, dass wir, die Deutschen, wirklich gelernt haben, dass wir wirklich wachsamer geworden sind im Angesicht unserer Geschichte“, forderte der Bundespräsident. Es gelte zu handeln, wo die Würde eines Anderen verletzt werde, es gelte gegenzusteuern, wenn eine Sprache des Hasses um sich greife, und man dürfe nicht zulassen, dass einige wieder von sich behaupteten, allein für das „wahre Volk“ zu sprechen und dabei andere ausgrenzen. „Wir müssen widersprechen, wenn Gruppen zu Sündenböcken erklärt werden, wenn Menschen einer bestimmten Religion oder Hautfarbe unter Generalverdacht gestellt werden, und wir lassen nicht nach in unserem Kampf gegen den Antisemitismus“, so Steinmeier.

In dem Sinne sieht der Bundespräsident Grund genug, „den 9. November 1918 aus dem geschichtspolitischen Abseits zu holen“. Wer heute Menschenrechte und Demokratie verächtlich mache, wer alten nationalistischen Hass wieder anfache, der habe kein historisches Recht auf Schwarz-Rot-Gold, erklärte der Bundespräsident unter dem Applaus der Mehrheit der Teilnehmer an der Feierstunde im Bundestag. Denn Schwarz-Rot-Gold sei eben nicht nur die Flagge der Republik, sondern stehe auch für die deutsche Freiheitsbewegung seit dem Hambacher Fest von 1832.

INTERNATIONALER DEMOKRATIEPREIS BONN 2018 FÜR LEYMAH ROBERTA GBOWEE

Leymah Roberta Gbowee, liberianische Bürgerrechtlerin und Friedensnobelpreisträgerin, wurde am 16. November 2018 im Rahmen eines Festaktes im Alten Rathaus der Bundesstadt Bonn mit dem Internationalen Demokratiepreis Bonn ausgezeichnet. Der Verein würdigte damit den Einsatz der Bürgerrechtlerin und Friedensnobelpreisträgerin für Demokratie, Frauen und Menschenrechte. Zuvor hatte sie sich in das Goldene Buch der Bundesstadt Bonn eingetragen. Dr. Ansgar Burghof, Direktor und Vorstand des Gustav-Stresemann-Instituts, ist 1. Vorsitzender des Vereines „Internationaler Demokratiepreis Bonn“. Er



Dr. Ansgar Burghof, Leymah Roberta Gbowee

sagte bei der Verleihung, Leymah Roberta Gbowee habe sich während des 14-jährigen

Bürgerkriegs in ihrem Heimatland große Verdienste um die Wiederherstellung von Frieden und Gerechtigkeit erworben: „Wir haben mit Leymah Roberta Gbowee eine Preisträgerin, die mit ihrem Wirken und ihrer Wirkung all das mit Leben ausfüllt, wofür wir uns als Internationaler Demokratiepreis Bonn einsetzen: den Frieden fördern, bestehende Feindbilder abbauen und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Völkern aufbauen. Und das auf der Grundlage eines demokratischen Grundverständnisses. In unserer heutigen Zeit braucht es Menschen wie Leymah Roberta Gbowee mehr denn je.“

Foto: Barbara Frommann

GSI REAKTIVIERT STIFTUNG

Am 5. November 2018 hat in Bonn die konstituierende Sitzung der „GSI – Gustav-Stresemann-Stiftung“ stattgefunden. Damit hat das GSI in Bonn seine bereits von 1996 bis 2003 bestehende Stiftung reaktiviert. „Wir freuen uns, mit der Stiftung weiter politisches Verantwortungsbewusstsein stärken zu

können sowie die europäische Einigung und internationale Zusammenarbeit zu fördern“, sagte Dr. Ansgar Burghof, Geschäftsführer der Stiftung. „Das ist unser Beitrag für eine Zivilgesellschaft, die auf Demokratie, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand basiert.“ In den Stiftungsrat wurden berufen:

Eberhard Diepgen, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, Martin Schulz, Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, und Dr. Christina Stresemann, Richterin am Bundesgerichtshof. Vorstand der Stiftung ist Dr. Erik Bettermann.

CHRISTINA STRESEMANN, RICHTERIN AM BUNDESGERICHTSHOF

In vielen, ganz lebensnahen juristischen Streitfällen in Deutschland verkörpert Dr. Christina Stresemann die letzte Entscheidungsinstanz. Die Enkelin von Gustav Stresemann ist seit 2012 Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe und entscheidet dort gemeinsam mit ihren Richterkollegen des V. Zivilsenates über Fälle aus dem Nachbarschaftsrecht, dem Wohnungseigentumsrecht, dem Immobiliarsachenrecht und Freiheitsentziehungssachen. Einen zweiten Vorsitz bekleidet sie im BGH-Senat für Landwirtschaftssachen.

Die Befähigung und die Neigung zum Ausgleich von Interessen und zur friedlichen Lösung von Konflikten sei bei Christina Stresemann so offenbar wie bei ihrem Großvater Gustav Stresemann, sagen Beobachter. Während sich der Reichskanzler und Außenminister zur Zeit der Weimarer Republik auf höchster politischer Ebene für eine Verständigung mit den europäischen Nachbarstaaten und besonders für die Aussöhnung mit Frankreich einsetzte, geht es bei den höchstrichterlichen Entscheidungen von Frau Stresemann um grundlegende Fragen des Zusammenlebens, die jeden Bürger betreffen können. Dies reicht von der Frage, inwieweit Nachbarn die Übungsstunden eines professionellen Trompe-



Foto: tonline.de

tenspielers hinnehmen müssen bis hin zur Höhe von Abschleppgebühren, die man als Falschparker zu akzeptieren hat. Jede ihrer Entscheidungen sorgt somit für ein Stück mehr Rechtsfrieden für die Bürger im Lande.

Dr. Christina Stresemann war nach Abschluss ihrer juristischen Ausbildung zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin tätig, bevor sie im Jahr 1987 in den höheren Justizdienst des Landes Berlin eintrat. Als Proberichterin wurde sie beim Landgericht und beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg eingesetzt. Eine einflussreiche und kompetente Mentorin fand Frau Stresemann im Jahr 1989 in der damaligen Berliner Justizsenatorin Jutta Limbach, für die sie bis 1992 als persönliche Referentin arbeitete, bevor sie als Richterin ans Landgericht Berlin zurückkehrte. 1995 holte die inzwischen zur Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts ernannte Frau Limbach sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin erneut in ihren Stab. 1995 wurde Frau Stresemann auch zur Richterin am Kammergericht befördert. Schließlich erhielt sie im Jahr 2003 die Berufung zur Richterin am Bundesgerichtshof in den V. Zivilsenat, dem sie nun seit 2012 vorsitzt.